

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Zeitungsentgelt monatlich 1 Reichsmark (halbjährlich 5 Reichsmark) durch die Post bezogen monatlich 2 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expeditionsbüro: Dresden-2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach Dresden Nr. 15600. Dresdener Verlagsgesellschaft  
Erscheinung: Dresden-2, Oberbahnstraße 2 / Fernspre. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtnachricht. Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstage 4-6 Uhr außer Freitag u. Sonntage  
Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gebildete Anzeigenzeile oder deren Raum (20 Zeilen) für Familienanzeigen (20 Zeilen) für die Restanzeige anhängend an den bestmöglichen Teil einer Zeile 1,50 Reichsmark. Anzeigen-Entnahme hochstens bis 9 Uhr vormittags im der Expedition Dresden-2, Oberbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Druckpreises

3. Jahrgang Mittwoch, den 28. September 1927 Nummer 227

## Die neue Beamtenbefolgung

Demonstration der Arbeiter gegen den Hindenburgrummel / Schlup in Genf / Briand vorzeitig abgereist / Eisenbahn-Unfall in Halle, 17 Verletzte

### Ein Betrug an der unteren Beamtenerschaft

Berlin, 27. September. (Telefon)

Die „Felo“ (Beamtenkorrespondenz) veröffentlicht bereits seit den endgültigen, dem Reichsrat unter dem 22. September vorgelegten Entwurf des Reichsbevollmächtigten, soweit er sich für die Beamten in den einzelnen Gruppen vorsehenden Besoldung enthält. Für die einzelnen Gruppen ergeben sich nach dem Entwurf folgende Zahlen:

Gruppe 1. Ministerialräte, Konsole, Direktoren: 8100-10100-11100-12100 Reichsmark, Wohnungsgeld 3 in Stufe 1-3, Wohnungsgeld 1 ab Stufe 3.

Gruppe 2a. Oberregierungsräte: 5100-6000-6000-7100-7100-8100-8100-9000 Reichsmark, Wohnungsgeld 3.

Gruppe 2b. Regierungsräte, Ministerialamtsmänner als Referenten, Postdirektoren: 4800-5200-5600-6000-6800-7200-7600 Reichsmark, Wohnungsgeld 3 bei Zulage 4 in Stufe 1-3, Wohnungsgeld 3 ab Stufe 4.

Gruppe 2c. Ministerialamtsmänner 4800-5200-5600-6000-6800-7200-7600 Reichsmark, Wohnungsgeld 4 in Stufe 1-3, Wohnungsgeld 3 ab Stufe 4.

Gruppe 3a. Realisationsräte als Mitarbeiter, Regierungssekretäre: 1500-1900-2300-2700-3100-3500-3900 Reichsmark, Wohnungsgeld 4 in Stufe 1-3, Wohnungsgeld 3 ab Stufe 4.

Gruppe 3b. Verwaltungssachverständigen, Postassistenten, Beamten mit den Besoldungen der Besoldungsgruppe 2a, nach der alten Besoldung) behalten ihre Besoldungsdiäten. Die Stufen sind: 1800-2200-2600-3000-3400-3800-4200 Reichsmark, Wohnungsgeld 4 in Stufe 1-3, Wohnungsgeld 3 ab Stufe 4.

Gruppe 4a. Regierungsinspektoren und Obersekretäre beim Reichsanwalt, Patentamt, in Besoldungsgruppe a7 bleibt die höhere Besoldungsdiäten im grundsätzlichen Falle eines um 4 Jahre verbessert. In Besoldungsgruppe a8 ist das Dienstalter um 4 Jahre verbessert, im grundsätzlichen Falle beträgt es 14. In Besoldungsgruppe a9 ist das Dienstalter um 8 Jahre verbessert. Es handelt sich hier um die alten Besoldungen. Die Stufen sind: 3200-3600-4000-4400-4800-5200 Reichsmark, Wohnungsgeld 5 in Stufe 1-3, Wohnungsgeld 4 ab Stufe 4.

Gruppe 4b. Oberregierungssekretäre, technischer Inspektor, Verwaltungssekretäre, Postmeister: Besoldungsgruppe a7 bis herab Besoldungsdiäten im grundsätzlichen Falle 14 Jahre. Besoldungsgruppe a8 vier Jahre verbessert, Besoldungsgruppe a9 zwei Jahre verbessert. Die Stufen sind: 2800-3200-3600-4000-4400-4800 Reichsmark, Wohnungsgeld 5 in Stufe 1-3, Wohnungsgeld 4 ab Stufe 4.

Gruppe 4c. Sondergeprüfter Obersekretäre (behalten das Besoldungsdiäten): 2800-3200-3600-4000-4400 Reichsmark, Wohnungsgeld 5 in Stufe 1-3, Wohnungsgeld 4 ab Stufe 4.

Gruppe 5a. Photographen, Oberwerkmeister: 2800-3200-3600-4000 Reichsmark, Wohnungsgeld in Stufe 1-3, Wohnungsgeld in Stufe 4.

Gruppe 5b. Ministerial-Konzeptschreiber, Waffenschreiber

Förher: 2300-2550-2800-3000-3200-3400-3600-3800-4000-4200 Reichsmark, Wohnungsgeld 5 in Stufe 1-5, Wohnungsgeld 4 ab Stufe 6.

Gruppe 6. Oberwerkmeister, Waffenschreiber, Telegraphenwerkmeister: 2100-2500-2700-2900-3050-3200-3350-3500 Reichsmark, Besoldungsgruppe a7; bisheriges Besoldungsdiäten, Wohnungsgeld 5.

Gruppe 7. Schriftföhrer, Konzeptschreiber, Postsekretäre: Besoldungsgruppe a6; bisherige Besoldungsdiäten: 2850-2900-2950-3000-3100-3200-3300-3400 Reichsmark, Wohnungsgeld 5.

Gruppe 8a. Waffenschreiber: 2000-2090-2180-2270-2360-2450-2540-2630 Reichsmark, Wohnungsgeld 5, Besoldungsgruppe a5 bisheriges Besoldungsdiäten.

Gruppe 8b. Postassistenten, Telegraphenassistenten (weiblich), Postbetriebsassistenten, Telegraphenbetriebsassistenten (weiblich): Besoldungsgruppe a4, bisheriges Besoldungsdiäten im grundsätzlichen Falle 16 Jahre. Besoldungsgruppe a4 vier Jahre verbessert. Die Stufen sind: 1700-1820-1940-2060-2180-2300-2420 Reichsmark, Wohnungsgeld 4 in Stufe 1-4, Wohnungsgeld 3 ab Stufe 5.

Gruppe 9. Konzeptschreiber, Telegraphisten, Gebühler: 1700-1800-1900-2000-2100-2200-2300-2400 Reichsmark, Wohnungsgeld 4 Stufe 1-4, Wohnungsgeld 3 ab Stufe 5.

Gruppe 10. Ministerialamtsgehilfen, Drucker, Postbetriebsassistenten, Waffenschreiber: 1600-1690-1780-1870-1960-2050-2140-2230 Reichsmark, Wohnungsgeld 6 in Stufe 1-6, Wohnungsgeld 5 ab Stufe 7.

Gruppe 11. Oberpostkassierer, Amtsgeliefen, Fotomeister: 1500-1590-1680-1770-1860-1950-2040-2130 Reichsmark, Wohnungsgeld 6 in Stufe 1-6, Wohnungsgeld 5 ab Stufe 7.

Gruppe 12. Heizer, Hauswart, Waffenschreiber: 1500-1590-1680-1770-1860-1950-2040 Reichsmark, Wohnungsgeld 6.

Die Wohnungsneuschüsse sind folgende: Ortsklasse 1: Sonderklasse 1100, a) 1800, b) 1500, c) 1140, d) 900; Ortsklasse 2: Sonderklasse 1600, a) 1400, b) 1200, c) 900, d) 600; Ortsklasse 3: Sonderklasse 1820, a) 1140, b) 900, c) 720, d) 540; Ortsklasse 4: Sonderklasse 900, a) 840, b) 660, c) 540, d) 390; Ortsklasse 5: Sonderklasse 720, a) 612, b) 504, c) 396, d) 288; Ortsklasse 6: Sonderklasse 528, a) 441, b) 372, c) 288, d) 216; Ortsklasse 7: Sonderklasse 336, a) 288, b) 240, c) 180, d) 132. In diesen Fällen ist es ab 1. Oktober 1927 20 Prozent Erhöhung. Für Berlin bleibt ein Sonderzuschlag von 5 v. H. der Rinderzuschlag betragen 20 Mark.

Diese neue Regelung der Beamtengehälter ist ein starker Betrug an der unteren Beamtenerschaft. Das wird auch dadurch nicht anders, daß durch die Umgruppierung der Zahlen der Gruppen die unteren Beamten die oberen geworden sind. Während die höheren Beamten eine weit über 1000 Mark gehende Zulage erhalten, bekommen die niederen Beamten nur wenige Mark. Wir werden zu dieser Besoldungsneuerung noch besonders Stellung nehmen.

### Das Geheimnis der Kriegsschuldbebatte

rt. Mit einem Schlage hat sich der Friedenshimmel von Genf mit schwarzen Wolken bedeckt. Nur wenige Tage nach Annahme der berühmten Friedensresolution des Völkerbundes, die den Angriffskrieg „verbietet“, schreibt Jules Sauerwein, der Außenpolitikeroffiziosus Briands, im Matin: Ueberhaupt herrschte in Genf eine Stimmung, wie wenn man plötzlich in der friedlichen Arbeit wieder in den Schgrund des Krieges gekracht hätte. Zwei Reden, die Tannenbergerföhrer Hindenburgs und die Antwort Barthous und Jaspers haben genügt, um die pazifistische Atmosphäre zu zerreißen, mit der der englische und deutsche und in gleichem Maße der französische Imperialismus ihre Kriegsvorbereitungen zu verschleiern suchten. „Man muß eine reale Erklärung darüber geben, wie groß das Geheimnis ist, das die Geburt eines Krieges umgibt...“ schrieb Lenin in seinen Direktiven für die russische Delegation zum Haager Friedenskongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Die heftige Presse Diskussion zwischen den deutschen, französischen und belgischen Imperialisten anlässlich der Kriegsschuldbrede Hindenburgs gibt der Arbeiterklasse Gelegenheit, das Geheimnis der Geburt des nächsten Krieges zu enthüllen. Die Arbeiterklasse muß jene imperialistischen Kräfte erkennen, die hinter den militaristischen Tiraden von beiden Seiten stehen. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse tun ihr Bestes, um die Debatte über die Kriegsschuldfrage zu einer Angelegenheit der „Wohlfahrtsfrage“, der „Völkermoral“ und des „Völkerrechtes“ zu machen. Aber das Geheimnis der Kriegsschuldbebatte ist eben ihre aktuelle Bedeutung für die Vorbereitung des nächsten imperialistischen Krieges. Das muß erkannt werden. Darauf kommt es an.

Der Sinn der Tannenberg-Rede Hindenburgs war die offizielle Anmeldung des deutschen Imperialismus auf seine Ansprüche zur Liquidierung des Versailleser Vertrages nach Locarno und den Genfer Völkerversammlungen. Es ist charakteristisch, daß dieselbe deutschnationale und deutsch-völkerverherrlichende Presse, die die Ablehnung der Rheinlandräumung durch England und Frankreich mit einem Schiefen hinstellen, den Kampf um die Kriegsschuldfrage zu einem Hebel der deutschen Außenpolitik macht. Dies zeigt die grundsätzliche Orientierung der Außenpolitik des Bürgerblocks. Das besetzte Rheinland ist der Köder für das nationalistiche Kleinbürgertum — der Kampf um die Kriegsschuldfrage die Aufrollung des Problems der völligen Gleichberechtigung des deutschen Imperialismus durch Liquidierung des Versailleser Vertrages. Der Kriegsschuldartikel 231 des Versailleser Vertrages, der die Allein Schuld Deutschlands am Kriege feststellt, ist die Rechtsquelle des imperialistischen Gewaltfriedens. Seine Liquidierung würde den Versailleser Vertrag ins Herz treffen; deshalb der heftige Kampf des wiederaufstrebenden deutschen Imperialismus gerade gegen den Artikel 231. Aber dieser Kampf hat noch eine höchst aktuelle Bedeutung. Er soll gleichzeitig als Sprengmittel gegen den Dawesvertrag dienen. Das Organ der rheinischen Schwerindustrie, das natürlich in diesem Kampf für die „geschichtliche Wahrheit“ an der Spitze steht, schreibt in der Besprechung der Hindenburg-Tannenbergrede: „Wir nähern uns den Höchstleistungen des Dawesplanes. Es liegt aber schon jetzt für jeden Weiterblickenden fest, daß wir ihn nicht werden erfüllen können. Wird man es wagen, uns unter weiterer Verletzung auf jenen ominösen Artikel 231 weiter wirtschaftlich auszunutzen bis zum Wehrluten? ... Darin liegt der tiefste weitere Sinn des Kampfes gegen die Kriegsschuldfrage, den Hindenburg in Hohenheim sehr zur rechten Zeit in einem entscheidenden Stadium erneut begonnen hat.“

Das Echo, das die Hindenburg-Rede in Frankreich und in Belgien gefunden hat, entspricht den Befürchtungen des französischen und des belgischen Imperialismus vor der Wiedergeburt des deutschen Imperialismus. Die deutsche Bourgeoisie, wirtschaftlich bis an die Zähne gerüstet, im Besitze der bestorganisierten Industrie Europas, der mächtigsten Chemieproduktion der Welt, läßt sich nicht mehr mit pathetischen Reden Briands abspülen. Die Faust des deutschen Imperialismus pocht ungehört an die Tore von Versailles. Und es wäre eine Lust, anzunehmen, daß das deutsche Kapital, das kaum zehn Jahre nach der Niederlage im Weltkrieg wieder zu einer ökonomischen Weltmacht geworden ist, dann zurücktreten wird, wenn der französische Justizminister Barthou als Vorbedingung für den Frieden das „Stillschweigen der Kriegsschuldfrage“ fordert. Die Hindenburg-Rede und ihre offizielle Verteidigung durch Stresemann drückt das Wachtbewußtsein des

### Gegendemonstration gegen Hindenburg

Aufmarsch der Arbeiter am 2. Oktober

Der Aufruf der Bezirksleitung der KPD Berlin zu einer Gegendemonstration gegen den Hindenburgrummel am Sonntag den 2. Oktober hat auf die Hindenburganhänger von den deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten wie eine Bombe eingewirkt. Der Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen die imperialistische Kriegsschuldfrage soll, wie die Rote Fahne aus sicherer Quelle erfährt, unter allen Umständen verboten werden. Das Organ des Grauen Reichs, die Kreuzzeitung schreibt in ihrer gestrigen Ausgabe: „Die Kommunisten rufen dazu in ihrer Zeitung zu einer Massen demonstration gegen den Aufmarsch der Arbeiterklasse am 2. Oktober. Unter roten Fahnen soll der Aufmarsch vor sich gehen. Es ist zu erwarten, daß das Polizeipräsidium die Demonstration, über deren provozierenden Charakter kein Wort werden zu werden braucht, verbieten wird.“

Die Rote Fahne teilt dazu mit, daß in einer Berliner Journalistenkonferenz, die vom sozialdemokratischen Polizeipräsidiumsmitglied einberufen worden ist, offiziell mitgeteilt wurde, daß ein Verbot der kommunistischen Demonstration sicher sei. Das Verbot wird aber so spät bekanntgegeben, daß eine Gegenaktion der kommunistischen Partei erwirkt würde. Den bürgerlichen Journalisten wurde angeboten, die Aufforderung der KPD, wie überhaupt die kommunistische Agitation gegen den Hindenburgaufmarsch mit Stillschweigen zu übergeben.

Die Rote Fahne schreibt weiter zu diesem geplanten sozialdemokratischen Schandstreik: „Es soll ihnen nicht gelingen, die Arbeiterklasse wird sich nicht den imperialistischen Aufmarsch des Bürgerblocks und seiner Warden bieten lassen. Die Betriebe haben das Wort. Es soll den sozialdemokratischen Parteiführern,

### Wie den Herren Börgel und Grzelinski bedeutet werden, daß die Arbeiterklasse sich das Recht auf die Straße nicht nehmen läßt.

### Einstillenommestie

Wie die Zeit-Neigen mitteilen, soll am 2. Oktober anlässlich der Hindenburggarnett Straßendemonstration die sozialistische Staatsstreikvorherreiter Claß, Oberst Kauer und Oberst von Lud verhaftet werden. Anzeichen, daß der Oberstaatsanwalt Werner auf einen Blick des Reichsjustizministers das Hochverratsverfahren Claß bis zur Hindenburggarnett hinausgeschoben



Philipp für Amnestie von Börgel: „Mein Sohn, ich verzeihe dir. Ich bin nicht der Revolutionär, für den du mich hieltst.“